



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration

am 19. August 2008

Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Claudia Spruch (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn:

17:05 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten Nrn. 29/08

(Drucksachenband 129)

Drucksachenlisten Nrn. 32/08

(Drucksachenband 130)

Drucksachenlisten Nrn. 34/08

(Drucksachenband 131)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0037 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0038 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 03.06.2008 wird genehmigt.

Einstimmig

0039 08-F-25-0091

Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund in die Feuerwehr!
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 08.08.2008 -

Stv. Spallek begründet den Antrag.

Stv. Schickel signalisiert, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen wird, fragt aber nach, wie denn der Magistrat Werbung machen solle (z. B. bei den ausländischen Vereinen).

Stv. Müller berichtet, dass auch die freiwilligen Feuerwehren selber Werbung betreiben sollen.

Stv. Bohrer möchte wissen, mit welchen freiwilligen Feuerwehren vorher gesprochen wurde.

Stv. Spallek teilt mit, dass mit der freiwilligen Feuerwehr in Nordenstadt gesprochen wurde, aber auch mit dem Vorsitzenden des Ausländerbeirats, der den Antrag auch unterstütze.

Einstimmig

0040 08-F-01-0076

Integrationsbericht / Integrationsleistung der Sportvereine
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.08.2008 -

Stv. Manjura begründet den Antrag. In den künftigen Integrationsberichten soll die Arbeit der Sportvereine ihren Niederschlag finden.

Stv. Spallek teilt mit, dass seine Fraktion den Antrag mittragen wird.

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 19. August 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0041 08-F-01-0077

Integrationsbericht / Integrationsvereinbarung (Kapitel 6.2)
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.08.2008 -

Stv. Schickel begründet den Antrag. Die Stellungnahme des Ausländerbeirates hätte den Anstoß zu diesem Antrag gegeben. Die DITIB, die sich anfänglich verweigert hätte, wolle jetzt auch mitarbeiten. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung spricht nicht nur von muslimischen Vereinigungen, sondern spricht alle Religionsgemeinschaften an, die keinen Staatsvertrag abgeschlossen haben. Der Beschluss sollte umgesetzt werden.

Lt. Stv. Spallek ist der Antrag sehr gut.

Herr Tischel (Leiter Einwohner-/Integrationsamt) teilt mit, dass man am Anfang des Prozesses z. B. mit der freikirchlichen Gemeinde reden und diese einbeziehen wollte. Dies war nicht von Erfolg gekrönt. Wenn es keinen Migrationshintergrund gibt, ist der Antrag vielleicht schwierig zu verstehen. Zumindest ist der Ansatz des Einwohner-/Integrationsamtes, dass es einen Bezug zur Migration geben sollte.

Stv. Bohrer weist darauf hin, dass Einwohner/innen, die hier geboren worden sind, vielleicht nicht das Bewusstsein haben, dass auch sie an der Integrationsarbeit beteiligt sind. Er unterstützt den Antrag der SPD. Er möchte gern eine Übersicht von Herrn Tischel erhalten über die Religionsgemeinschaften, die keinen Staatsvertrag abgeschlossen haben.

Vors. Spruch weist darauf hin, dass am Anfang des Prozesses eine solche Liste an die Ausschussmitglieder verteilt wurde. Sie verstehe die Intension von Stv. Schickel, aber auch die Haltung von Herrn Tischel. Man hätte mit den Bahai's schon damals eine Vereinbarung abschließen können. Die Inhalte haben sich im Verlauf des Prozesses gewandelt. Dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung nicht erfüllt sei, könne man nicht sagen - es gab eine Rückkoppelung, eine Entwicklung. Alle Religionsgemeinschaften wurden eingeladen und angesprochen.

Stv. Schickel stellt klar, dass der Antrag darauf abzielt, dass der Beschluss der StadtV. nicht vollständig umgesetzt worden ist. Er möchte, dass die Verwaltung Flagge zeigt und die Umsetzung betreibt. In den damaligen Gesprächen mit Stadtrat Grella war klar, dass es eine Grundsubstanz gibt und dann eine individuelle Gestaltung folgt.

Vors. Spruch geht davon aus, dass es heute keine abschließende Antwort zu diesem Punkt geben kann; ein Auftrag an die Verwaltung wäre aus ihrer Sicht in Ordnung.

Stv. Müller signalisiert, dass seine Fraktion dem Antrag auch zustimmen könne. Am Anfang des Prozesses seien die Muslime im Focus gewesen, da diese auch von sich aus hohes Interesse an der Vereinbarung hatten. Der jetzige Antrag könnte einen Arbeitsprozess einleiten. Es wäre sinnvoll, den Punkt aufzurufen, wenn die Dezernentin dabei ist.

Stv. Schickel berichtet kurz über die Prozesse, die gleichzeitig zur damaligen Zeit im internationalen Bereich stattgefunden haben. Der Beschluss sollte lediglich vermeiden, dass Muslime in den Focus geraten.

bei Enth. LiLi angenommen

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 19. August 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0042 08-F-06-0036

Sachstand öffentliche Toilettenanlagen in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 13.08.2008 -

Stv. Bohrer berichtet, dass man nach der GefahrenabwehrVO ähnlich bei der Straßenverkehrsordnung sein Verhalten so ausrichten muss, dass niemand gefährdet wird. Man solle es nicht bei der GefahrenabwehrVO belassen, sondern auch andere Maßnahmen ergreifen, um Gefahren abzubauen. Seit Jahren ginge es mit den öffentlichen Toiletten nicht weiter.

Stv. Schickel weist darauf hin, dass es zu den politischen Inhalten einen Antrag im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration seiner Fraktion gegeben habe. Seine Fraktion habe sich mit dem Thema intensiv beschäftigt. Man wurde auf die Haushaltsplanberatungen vertröstet und dort mit Hohn und Spott überzogen. Die Jamaika-Koalition habe den seinerzeitigen Antrag abgelehnt.

Nach seiner Auffassung verweist Stv. Bohrer zu Recht auf die GefahrenabwehrVO - seine Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Herr Schaab (Tiefbauamt) berichtet, dass es keine zentrale Verwaltung aller Toiletten im Stadtgebiet gäbe.

Der Ausschuss habe vor nicht allzu langer Zeit einen aktuellen Situationsbericht angefordert und erhalten, in dem über die Standorte der öffentlichen Toiletten berichtet wurde. Die innerstädtischen Brennpunkte wären entschärft worden. Er verweist auf den Beschluss der StadtV. aus 2005, in dem ein neuer Werbenutzungsvertrag thematisiert wurde. In diesem Zusammenhang wurden auch die öffentlichen Toiletten diskutiert.

Er verweist auch darauf, dass in 2007 in der Söhnleinanlage Schierstein, der Eleonorenanlage, der Maaraue, den Rheinwiesen Biebrich und der Walkmühlanlage unter der Regie des Amtes für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten Toilettenanlagen errichtet wurden.

Stv. Bohrer räumt ein, dass evtl. eine leichte Besserung eingetreten sein könnte, aber keine wesentliche. Er führt als Negativbeispiel den Brückenkopf in Kastel an. Dort werde nur einmal im Jahr gereinigt, ansonsten werde gegen die Verunreinigungen nichts getan. An den Rheinwiesen sei eine Dixie-Toilette aufgestellt worden. Dies sei keineswegs ausreichend.

Stv. Spallek verweist darauf, dass die Stadt durchaus bemüht sei, für Abhilfe zu sorgen und eine Lösung zu finden. Man solle den Bericht der Arbeitsgruppe abwarten, die speziell gegründet wurde und beantragt, den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären.

Stv. Bohrer möchten einen Bericht des zuständigen Dezernates erhalten, der detaillierter sein sollte, als der in der Sitzung gegebene mündliche Bericht.

Stv. Schickel möchte auch erreichen, dass das Problem nicht schön geredet werde. Mit dem Aufstellen einiger Dixie-Klos sei es nicht getan. Er findet es unbefriedigend, dass verschiedene Dezernate für den Bereich zuständig seien. Es wäre wünschenswert, wenn die Arbeitsgruppe eine Zentralisierung der Verwaltung der Toiletten erreichen könnte.

Stv. Spallek gibt an, dass man sich nicht dagegen sperren werde, wenn Stv. Bohrer den heute in mündlicher Form gegebenen Bericht in schriftlicher Form erhalten möchte.

**Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 19. August 2008**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Müller stellt fest, dass es Bewegung bei dem Thema gibt und die Bürgerinteressen umgesetzt werden. Ob allerdings eine zentrale Toilettenverwaltung notwendig und sinnvoll sei, könne er nicht sagen.

Vors. Spruch fasst zusammen:

Herr Schaab habe einen aktuellen Bericht gegeben. Man solle das Thema aufgreifen, wenn die Arbeitsgruppe ein Ergebnis erzielt habe.

Der Antrag, den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären, wird wie folgt abgestimmt:

gegen LiLi bei Enth. SPD angenommen

0043 08-F-25-0078

Integrationskonferenz für Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und FDP vom 03.06.2008 -

Stv. Schickel drückt seine Verwunderung darüber aus, dass bereits in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von Seiten des Vorsitzenden des Ausländerbeirats, Herrn Salih Dogan, Kritik an dem Antrag laut wurde. Er sei davon ausgegangen, dass der Antrag in Abstimmung mit dem Ausländerbeirat erfolgt sei.

Stv. Bohrer fragt nach, was denn das Besondere an der Integrationskonferenz sein solle. Es gäbe den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration und den Ausländerbeirat. Er möchte wissen, ob die Integrationskonferenz öffentlich tagen soll und wer mit dem „Träger der Integrationsarbeit“ gemeint sei.

Vors. Spruch möchte 2 Punkte festhalten, und zwar müsse man den Inhalt von Anträgen ernst nehmen und Sinn eines Konzeptes sei es, dass Details wie z. B. öffentliches Tagen ja/nein dort beleuchtet werden. Sie hält die Fragen von Stv. Bohrer für verfrüht.

Stv. Spallek weist darauf hin, dass die Aufgaben der Integrationskonferenz in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ausführlich beschrieben wurden. Das Einwohner- und Integrationsdezernat soll nun ein Konzept erarbeiten. Auch er ist erstaunt über die Haltung von Herrn Dogan, da man sich im Vorfeld verständigt habe.
Punkt 5 könne nach seiner Auffassung gestrichen werden.

Stv. Müller verweist darauf, dass man Einigkeit bei diesem Antrag erzielen möchte. Dass die gesamte Bevölkerung letztlich Träger der Integrationsarbeit sei (Hinweis von Stv. Bohrer) sei eindeutig, aber man könne nicht die ganze Bevölkerung ansprechen, sondern man wolle es etwas organisierter ablaufen lassen. Verschiedene Träger sollten gemeinsam an der Aufgabe arbeiten.

Stv. Bohrer sieht in den Äußerungen von Stv. Müller einen hilfreichen Beitrag zur Klärung des Zieles des Antrages. Es sei aber trotzdem noch etwas diffus.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 19. August 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Klüssendorf empfindet als entscheidenden Begriff des Antrages das Wort „Konzept“. Wenn das Konzept vorliege, könne man Details diskutieren.

Auch Stv. Schickel schließt sich der Auffassung von Stv. Klüssendorf an.

Enth. LiLi

0044 08-V-33-0005

Integrationsbericht 2007

Der Bericht gilt als eingebracht und wird in Anwesenheit der Dezernentin in der Sitzung des Ausschusses am 16.09.2008 aufgerufen.

Einstimmig

0045 08-A-21-0001

Interkulturelle Woche 2008

Herr Burgmeier berichtet über den Stand der Vorbereitungen, über die Verteilung der Programmhefte und stellt Schwerpunkte vor. Die IKW wird insgesamt 2000 € billiger als ursprünglich angekündigt.

Stv. Klüssendorf spricht dem Einwohner- und Integrationsdezernat ein Lob über die Ausgestaltung der Programmhefte, Flyer usw. aus - alles sei gut lesbar und übersichtlich.

Der gesamte Ausschuss schließt sich diesem Lob an, und zwar nicht nur für die Gestaltung des Programmheftes, sondern auch für die Umsetzung der Wünsche der Arbeitsgruppe.

Einstimmig

0046 08-V-10-0014

Entwicklung eines Konzeptes "Wiesbaden digital"

Frau Rubbel und Herr Prof. Dr. Wieser sind zu diesem Thema anwesend.

Prof. Dr. Wieser berichtet, dass es seit längerer Zeit Vorlagen zum Thema eGovernment gäbe, eine Untersuchung von Dokumentenströmen in Zusammenarbeit mit der ebs gegeben habe usw.. Daraus wurde die elektronische Akte im Bereich des Amtes für Soziale Arbeit und der Ausbau für die Restverwaltung abgeleitet.

Die jetzige Vorlage ist in zwei Bereiche aufgeteilt, und zwar in den Bereich Umstellung auf digitale Post und in den Bereich Online-Dienste für Bürger/innen. Die Verwaltung arbeitet hier mit dem Fraunhofer-Institut zusammen.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 19. August 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Frau Rubbel stellt kurz die Bereiche vor, die für die Startphase Online-Dienste in Frage kommen (z. B. Gewerbeanmeldung, Hundesteuermarke, Meldebescheinigungen). Bis November 08 soll klar sein, welche Dienstleistungen online angeboten werden können. Es werden Basisdienste entwickelt und ein Zahlssystem muss installiert werden.

Stv. Schickel berichtet, dass das neu eingerichtete Bürgerbüro räumlich an Grenzen stößt; das elektronische Bürgerbüro könnte hilfreich sein. In Offenbach können auch die Bereiche von ELW und ESWE online abgefragt werden. Nach Aussage von Frau Rubbel ist das in Wiesbaden auch vorgesehen.

Stv. Klüssendorf fragt nach, nach welchen Kriterien die Bereiche für den online-Dienst ausgesucht werden.

Frau Rubbel berichtet, dass man mit Dingen anfängt, die am einfachsten umzusetzen sind und wo die Bereitschaft der Fachämter am größten ist.

Stv. Müller möchte wissen, ob man zukünftig z. B. Genehmigungen für Straßenfeste online bestellen kann - auch das ist nach Aussage von Fr. Rubbel denkbar, wenn auch nicht im ersten Zug.

Stv. Bohrer findet die Vereinfachung durch das online-Verfahren grundsätzlich gut, weist aber darauf hin, dass nicht die gesamte Bevölkerung über einen PC verfügt. Man sollte daher bestimmte Dinge nicht nur online anbieten, außerdem müsse der Datenschutz beachtet werden. Er sieht außerdem Beratungsbedarf der Fraktionen, da noch nicht klar ist, welche Kosten insgesamt entstehen werden.

Frau Rubbel teilt mit, dass es alle angebotenen online-Dienste auch weiterhin als persönliches Angebot in den Ortsverwaltungen, dem Bürgerbüro oder den Fachämtern geben wird. Der Datenschutzbeauftragte ist schon eingeschaltet worden. Für die Anschubfinanzierung sind 50.000 € vorgesehen für die Ämter, die jetzt schon mitmachen. Im November wird über die möglichen Gesamtkosten entschieden.

Herr Dogan (Ausländerbeirat) fragt nach, ob denn auch vorgesehen sei, ausländerrechtliche Dienstleistungen online anzubieten.

Lt. Frau Rubbel ist das für die erste Phase nicht vorgesehen. Wenn es aber später machbar ist, ist auch das nicht ausgeschlossen.

Auf Rückfrage von Stv. Bohrer betont Prof. Dr. Wieser, dass der Anschluss an PIWi als Informationsservice weiter bestehen bleibt.

Auf Nachfrage von Stv. Karpidou teilt Frau Rubbel mit, dass der online-Dienst rund um die Uhr geöffnet ist, aber für manche Dienste die Sachbearbeitung mit eingebunden werden müsse. Einzelheiten werden sich aber erst im Laufe des Projektes ergeben.

Die Vorlage wird wie folgt abgestimmt:

bei Enth. LiLi angenommen

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 19. August 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0047 08-V-30-0003
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk V
Wiesbaden-Erbenheim
Einstimmig

0048 08-V-30-0004
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk II
Wiesbaden- Biebrich
Einstimmig

0049 **Verschiedenes**

1. Die nächste oder übernächste Sitzung des Ausschusses wird in den Räumen von WIF stattfinden.
2. Die Stadtanalyse soll in einer der nächsten Sitzungen durch den Fachbereich im Ausschuss vorgestellt werden.
3. Herr Burgmeier berichtet, dass es muttersprachliche Führungen bei den Gesundheitstagen geben wird.
4. Herr Bohrer fragt nach dem Stand bei der Umsetzung des Jugendparlamentes.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .09.2008

Vorsitzende

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Spruch

Karipidou

Koba